

Bei der Bundestagswahl im Herbst 2017 geht Dr. Stefan Scheingraber im Wahlkreis Schwandorf für die ÖDP als Direktkandidat ins Rennen. Anlässlich seiner Nominierung haben die Jungen Ökologen im März ein Interview mit ihm geführt.

Wieso haben Sie gerade das Thema Asylpolitik zu einem Ihrer Kernthemen gemacht und warum engagieren Sie sich im Bundesarbeitskreis Asyl & Integration der ÖDP?

Als Notarzt bin ich unmittelbar mit Flüchtlingen und ihren Schicksalen konfrontiert. Mein letzter Patient war ein 16-jähriger Iraker aus Mossul, der die Invasion des IS im Juni 2014 hautnah miterlebt hat. Ich wurde gerufen, weil er mit der Verarbeitung seiner Erlebnisse akut nicht mehr zurechtkam. Ich will nicht deshalb über Asylpolitik reden, weil das Thema zurzeit in aller Munde ist und die AfD damit auf Stimmenfang, oder auch die CSU mit ihrer „Scheindiskussion“ über Obergrenzen in Opposition zur Kanzlerin geht. Ich möchte ganz was anderes: ich möchte den Flüchtlingen ein Gesicht geben.

Sind Sie etwa gegen die von der CSU vorgeschlagene Obergrenze?

Es genügt ja einfach nicht nur zu sagen: 200.000 dürfen rein und der Rest bleibt vor der Grenze stehen – ganz abgesehen davon, dass die Flüchtlinge in der Türkei mit kostspieligen Deals gerade von Europa abgehalten werden und im Moment sowieso nur wenige kommen. Rechnet die CSU etwa damit, dass der Pakt mit Erdogan nicht hält? Wir von der ÖDP sind allerdings auch der Meinung, dass es Grenzen gibt, was jedes Land an Integration leisten kann. Wer hilft, darf nicht überfordert werden und sich selbst nicht überfordern, das gilt für Notärzte genauso wie für Politiker. Das Thema „Obergrenze“ trifft aber nicht den Nagel auf den Kopf. Deshalb steht dieses Wort auch nicht in unserem Wahlprogramm.

Was trifft denn dann Ihrer Meinung nach den Nagel auf den Kopf?

Nun, ich habe mich darüber geärgert als Angela Merkel anlässlich des Treffens der Regierungschefs in Malta davon sprach, „Flüchtlingsursachen“ zu bekämpfen. Bei der Planung eines Flüchtlingsabkommens mit Libyen bekämpft die Bundeskanzlerin ja nicht die Ursachen. Es ist schon zynisch, wenn man es als Bekämpfung von Fluchtursachen bezeichnet, die Menschen einfach nur von ihrem Weg nach Europa abzuhalten, das ist doch keine Bekämpfung der Fluchtursachen. Eher eine Bekämpfung der Flüchtlinge.

Was sind denn dann „Fluchtursachen“?

Wir fassen es in unserem Parteiprogramm in drei Schlagworten knackig zusammen:

1. Militarisierung. Terror und Kriege nehmen stetig zu und führen zur Destabilisierung von Staaten bis hin zu ihrem Zusammenbruch und zahlreichen Opfern in der Zivilbevölkerung. Vergessen wir nicht: im Jemen tobt gerade ein furchterlicher Bürgerkrieg, an dem sich Saudi-Arabien u.a. mit deutschen Waffen beteiligt. Weltweit werden 2000 Milliarden US-Dollar in Rüstung investiert, aber nur 10% dieser Summe in Entwicklungspolitik, Friedensarbeit, Kriegsverhütung und Staatsaufbau.
2. Globalisierung. Die Interessen internationaler Konzerne gehen auf Kosten der Menschen in den ärmeren Ländern. Unser Wohlstand geht auf Kosten der Lebensbedingungen der Menschen, die zu uns flüchten. Kern des Wirtschaftsprogrammes der ÖDP ist, dass wirtschaftliches Handeln, egal ob in Deutschland, der EU oder global den Menschen nicht

ausbeuten darf. Das können Sie übrigens auch in der Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus nachlesen

Kurze Zwischenfrage: Studieren Sie immer noch katholische Theologie?

Ja, im Sommer mache ich meinen Abschluss. Ich schreibe gerade meine Magisterarbeit über „Evangelium gaudii“ von Papst Franziskus.

Lassen Sie mich aber noch den 3. Punkt ansprechen: Klimawandel – diejenigen, die aufgrund von klimatisch bedingten Veränderungen und der damit verbundenen Armut flüchten, kommen ja erst noch. Wir müssen endlich Klimapolitik an die oberste Stelle unserer Agenda stellen. Flüchtlingspolitik heißt immer auch Klimapolitik. Nebenbei: Das ist übrigens die Achillesferse der AfD.

Und wie stellt sich die ÖDP das konkret vor?

Wirtschaft und Welthandel müssen reguliert sein: Vorrang der Menschenrechte vor Handelsrechten, Freihandelsverträgen oder Investitionsabkommen., keine Spekulationen auf Nahrungsmittel, kein sog. Landgrapping, meint Ausverkauf großer Landflächen an ausländische Investoren. Es besteht die Gefahr, dass internationale Großkonzerne durch Freihandelsabkommen noch größeren Einfluss auf die Gesetzgebung bekommen, Sozial- und Umweltstandards verletzen und die Entwicklungsländer noch ärmer werden. Flüchtlingspolitik heißt immer auch nachhaltige Wirtschaftspolitik.

Nochmals konkret auf Fragen zur Asylpolitik: Wofür stehen Sie, was will die ÖDP. Was haben Sie im Bundesarbeitskreis diskutiert?

Zunächst fordert die ÖDP ein gemeinsames europäisches Asylrecht. Das geht also noch über eine Forderung nach einer europäischen Aufnahmequote hinaus. Ein zentrales Diskussionsthema im BAK waren natürlich die Probleme, vor die uns die massiven Flüchtlingsströme im 2. Halbjahr 2015 und ersten Halbjahr 2016 gestellt haben. Die Dublinverträge, damals noch von Gerhard Schröder mit ausgehandelt, gehören auf den Prüfstand. Mich würde ja schon brennend interessieren, was Schröder damals den Italienern, Griechen und Spaniern geboten hat, dass sie sich auf einen solchen „Kuhhandel“ eingelassen haben. Dublin 3 gehört auf den Prüfstand. Die Geflüchteten müssen gerecht auf die EU-Mitgliedsländer verteilt werden. Wer weniger aufnimmt, muss dafür einen finanziellen Ausgleich zahlen. Basta! Freilich sind die Einwohnerzahl und die wirtschaftliche Leistung eines Landes zu berücksichtigen. Italien, Spanien und Griechenland brauchen noch mehr unsere finanzielle und personelle Unterstützung. Dass Schäuble im Moment die griechische Finanzkrise wieder thematisiert ist diesbezüglich ziemlich kontraproduktiv. Glaubt auch er an ein Platzen des Flüchtlingspaktes mit Erdogan und baut schon einmal vor, indem er gegenüber den Griechen seine Muskeln spielen lässt?

Ein Grund für den massiven Flüchtlingsstrom war, dass die Bedingungen in den Auffanglagern unerträglich wurden, weil die Geldmittel für die UNHCR zurückgefahren wurden. Stellen Sie sich vor: Deutschland hat von den vereinbarten 155 Millionen Euro nur 60 Millionen bis November 2015 gezahlt. Nun ist Deutschland aber bereit, 3 Milliarden € an Erdogan zu zahlen. Hätte man damals seine Rechnung bezahlt und noch was draufgelegt, wäre es zu dem massiven Flüchtlingsansturm erst gar nicht gekommen. Die ÖDP setzt sich eindeutig dafür ein, internationale Flüchtlingswerke wie die UNHCR großzügiger mit

finanziellen Mitteln auszustatten. Über unseren Europaabgeordneten Prof. Buchner setzen wir uns dafür ein, Resettlementprogramme deutlich auszuweiten, damit die Geflüchteten geordnet und sicher einreisen können. Dazu braucht es EU-Aufnahmezentren. Ich habe in den BAK die Diskussion über den Sog-Effekt eingebracht. Mir bereitet es große Sorge, wenn sich Menschen in Not als einzigen Ausweg auf eine lebensgefährliche Reise begeben müssen. Spanien kontrolliert seine Küste und führt konsequent die Geflüchteten auf den afrikanischen Kontinent zurück. Im Jahr 2015 sind vor der spanischen Küste 106 Geflüchtete ertrunken – schlimm genug. Bei der zentralen Route über Italien und Malta waren es 2892 ertrunkene Menschen – entsetzlich! Man darf nicht sagen: „Kommt alle zu uns!“ Wer das tut, der bringt das Leben dieser Armen in Gefahr. Man darf aber genauso wenig sagen, schaut selbst wie ihr herkommt. Einerseits haben wir ein Asylrecht, andererseits muss man illegal einreisen um überhaupt soweit zu kommen, Asyl beantragen zu können. Was soll das denn? In diesen Fragen hat Europa bisher versagt – auch Angela Merkel!

Was schlagen Sie vor?

Eben die Einführung von geschützten Aufnahmeeinrichtungen an den EU- Außengrenzen unter menschenwürdigen Bedingungen.

Ja aber das Planen doch gerade die EU-Regierungschefs in Libyen.

Planen ist zu spät. Wo ist das gemeinsame europäische Asylrecht, als rechtliche Grundlage überhaupt so etwas tragfähig zu konzipieren. Vor Ort sollten dann die Feststellung nach Art 16A GG - oder wie der Paragraph dann im europäischen Asylrecht heißen mag - bzw. der Genfer Flüchtlingskonvention erfolgen und im positiven Falle eine sichere Zuführung in EU-Länder gemäß Aufnahmequote erfolgen. Das hätte die CSU mal diskutieren sollen, nicht die Obergrenze. Durch die Einrichtung von Aufnahmezentren legen wir übrigens den Schleppern das Handwerk. Und wir bräuchten nicht mehr aufwendige Grenzkontrollen von LKW und Kleintransportern an der deutsch-österreichischen Grenze.

Aber wenn sich nun mal in Europa bisher kein Konsens erzielen ließ?

Ein Konsens muss her – sonst können wir das „Projekt Europa“ bleiben lassen. Manche wollen das ja gerade. Aber das ist der falsche Weg.

Warum? Europakritiker haben im Moment einen großen Zulauf!

Trotz vielfältiger Fehlentwicklungen wie Demokratiedefizite, Missachtung des Subsidiaritätsprinzips, wuchernder Lobbyismus, überbordende Demokratie usw. bleibt die Europäische Union unverzichtbar, weil nur in der Gemeinschaft der Länder den international agierenden Konzernen ein ökologisch-sozialer Werterahmen vorgegeben werden kann. Dieses Argument ist einer unserer 10 Eckpunkte für die Bundestagswahl 2017. Von anderen Parteien habe ich dieses Argument noch nicht gehört!

Gab es in Ihrem Bundesarbeitskreis auch Kontroversen?

Ich fands insgesamt ziemlich harmonisch. Besonders spannend fand ich die Erfahrungsberichte von Mitgliedern die als Flüchtlingsberater oder Entwicklungshelfer

arbeiten. Aber auch von einem Beitrag eines promovierten Volkswirtschaftlers habe Ich viel mitnehmen können. So ganz schlüssig bin ich mir allerdings selbst noch nicht bei dem von mir so bezeichneten „switch“-Effekt. Gemeint ist damit, was wir mit den bereits gut integrierten Geflüchteten, die nur eine befristete Aufenthaltsgenehmigung von drei Jahren haben und die einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle haben, machen. Einerseits sollten solche Personen ein Bleiberecht erhalten, andererseits frage ich mich, ob nicht volkswirtschaftlich betrachtet nur wieder mal wir profitieren und deren Herkunftsländer ausbluten. Denn genau diese Leute fehlen für den Wiederaufbau.

Was sind Ihre künftigen Aufgaben im Bundesarbeitskreis Asyl & Integration?

Ich denke, die ÖDP muss sich in zwei Bereichen konzeptionell weiterentwickeln: in der Frage in Zusammenhang mit der Diskussion über den Begriff „Leitkultur“ und in der Forderung nach einem Zuwanderungsgesetz. Unser Parteiprogramm fundiert auf einem ausdrücklich christlichen Menschenbild. Mein Arbeitskreisvorsitzender ist ja auch Theologe. Wenn wir dann das Thema „Leitkultur“ ansprechen, dann ernten wir auch innerparteilich nicht nur Zustimmung. Aber als Theologe brauche ich mich innerhalb der ÖDP nicht zu verstecken. Ich bin kein Freund von „Multikulti“, möchte das Thema „Leitkultur“ aber auch nicht der CDU/CSU allein überlassen. Auch das Thema „Islam“ ist mir sehr wichtig. Der Islam gehört natürlich nicht zu Deutschland, was aber nicht heißt, dass Muslime nicht frei hier Ihre Religion ausüben können. Theologisch liegt mit der islamisch-christliche Dialog sehr am Herzen. Ich fühle mich mit jedem Menschen sehr verbunden, der sein Leben auf Gott ausrichten möchte.

Zum zweiten wird immer deutlicher, dass wir neben einem europäischen Asylgesetz auch ein deutsches Zuwanderungsgesetz brauchen. Die Geflüchteten werden unser bevorstehendes Rentenproblem nicht lösen. Das ist illusorisch, und da wurde Angela Merkel von der Wirtschaft falsch beraten. Vielleicht hat die Wirtschaft das selbst erkannt, weshalb die Bundesregierung im Moment sich so stark auf die Abschiebeproblematik konzentriert. Nachdem in Vergangenheit vor allem die CDU/CSU gebetsmühlenartig proklamiert hat, Deutschland sei kein Einwanderungsland, erklärte Angela Merkel 2015 erstmals das Gegenteil. Damit wird es nun höchste Zeit, dass wir vom BAK Asyl & Integration aus entsprechende Vorschläge für das Bundesparteiprogramm ausarbeiten.